

Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 25.08.2022

Zu TOP: 7.7

Schulbeginn Juri Gagarin Schule

Einreicher: Andrea Kühl, Fraktion DIE LINKE/SPD

Vorlage: kAF 0085/2022

Anfrage:

1. Warum kam es zu den Bauverzögerungen und Einschränkungen im Schulbetrieb obwohl im zuständigen Ausschuss immer informiert wurde, dass ohne große Einschränkungen der Schulbetrieb zum Schuljahresbeginn gesichert ist?
2. Wie ist der Stand der Sanierung der Gagarin-Schule

Bitte detailliert auführen:

- a) Sanierung des Hauptgebäudes
- b) Turnhalle
- c) Hort
- d) Mensa
- d) „Kiss-and-go-Zone“

3. Mit welchen Einschränkungen ist in welchen Bereichen wie lange noch zu rechnen?

Frau Dr. Gelinek beantwortet die Fragen wie folgt:

zu 1. und 2.:

Frau Dr. Gelinek verweist dahingehend auf die Beantwortung der kleinen Anfragen unter TOP 7.5 und 7.6 und ergänzt, dass die Fertigstellung der Turnhalle für eine Eröffnung nach den Herbstferien vorgesehen ist. Die Kiss-and-go-Zone ist bereits fertiggestellt.

Frau Dr. Gelinek bittet um ausreichend Zeit, um eine solide Fehleranalyse vornehmen zu können.

zu 3.:

Auch hier verweist Frau Dr. Gelinek auf die vorherigen Ausführungen. Mit Einschränkungen im Ostteil des Erdgeschosses inkl. Mensa ist bis Ende September zu rechnen.

Frau Kühl bestätigt, dass die Baumittelbeschaffung problematisch ist. Sie erfragt, warum die Hortbetreuung nicht in den Klassenräumen durchgeführt wird. Sie bittet, dies zu überdenken.

Frau Dr. Gelinek sieht dies eher als eine organisatorische Frage zwischen Hort und Schule an. Aus Sicht der Verwaltung wäre eine Hortbetreuung in den Räumen möglich.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die begangenen Fehler, bittet jedoch, die Ursachen auf anderen Ebenen zu berücksichtigen.

Herr Haack merkt an, dass Ansinnen der Anfrage war, nachzufragen, warum der Schulstart nicht um ein halbes Jahr verschoben wurde. Seines Erachtens drängt sich in der Bevölkerung die Frage auf, ob Räume für ein privates Angebot freigemacht werden mussten.

Herr Suhr würdigt das Engagement der Verwaltung und befürwortet die Fehleranalyse. Er bittet um Diskussion auf Ebene der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund.

Herr Quintana Schmidt fordert Mäßigung und bittet zu kommunalpolitischen Themen zurückzukehren. Zu bundespolitischen Themen schlägt er eine gesonderte Veranstaltung/Podiumsdiskussion vor.

Herr Kuhn sowie Herr Adomeit bitten die Mitglieder, entsprechende Fragen zu stellen und keine umfangreichen Statements abzugeben.

Herr Dr. Zabel sieht es als berechtigt an, anzumerken, dass auch bundespolitische Entscheidungen zur jetzigen Situation geführt haben.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 07.09.2022